



Nr. 33

23. September 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Mehr Investitionen erforderlich

[Weltkindertag: Kinder- und Jugendschutz stark machen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Warnung vor Bürgerversicherung](#)

Baden-Württemberg

[Haushaltsmittel für neue Stellen ist gut angelegtes Geld](#)

Berlin

[Aufruf zur Beteiligung an der Wahl](#)

Nordrhein-Westfalen

[Gleichstellungspolitik braucht neue Impulse](#)

Gewerkschaft für das Mess- und Eichwesen (BTE)

[Kritik an Abschaffung staatlicher Prüfung für Abgasmessgeräte](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Böhm: „Einheitsschulen sind keine Lösung“](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Studie bescheinigt Gymnasiallehrkräften gute Leistung in der Pandemie](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Corona-Schutz an Kitas: Politik muss handeln](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Mehr Investitionen erforderlich

Weltkindertag: Kinder- und Jugendschutz stark machen

Der dbb und die dbb jugend fordern mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche und mahnen: Ohne Investitionen in Bildung sowie Kinder- und Jugendschutz wird das nicht gehen.

„Insgesamt 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche wachsen in Deutschland unter schwierigen sozialen Bedingungen auf. Sie und ihre Familien sind auf die Unterstützung durch verschiedene staatliche Stellen angewiesen, die dafür Sorge tragen, dass junge Menschen, die benachteiligt sind, nicht von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen werden. Diese Kinder und Jugendlichen sind zu stärken und zu unterstützen“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach am 20. September 2021 anlässlich des Weltkindertags, der unter dem Motto „Kinderrechte jetzt!“ steht. Um die zahlreichen bestehenden gesetzlichen Fördermaßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes effektiv und nachhaltig umzusetzen, brauche es allerdings entsprechend ausgestattete Strukturen: „Es ist die Tätigkeit der Personen in den Einrichtungen der Bildung, des Kinder- und des Jugendschutzes, die sich Tag für Tag für das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen einsetzen. Neuregelungen und Verbesserungen auf Papier sind gut gemeint, aber sie müssen vor allem gut gemacht werden. Dafür braucht es erheblichen Investitionen vor allem in das Personal der Bildungs-, Kinder- und Jugendarbeit“, forderte der dbb Bundesvorsitzende. Es müsse gesamtgesellschaftlicher und politischer Konsens sein, dass Kinder und Jugendliche keine Kostenfaktoren, sondern die Zukunft seien, so Silberbach.

Die dbb jugend setzt sich seit jeher für eine Stärkung der Kinderrechte und deren Verankerung im Grundgesetz ein und zeigt sich am

Weltkindertag enttäuscht, dass ein entsprechender Gesetzentwurf im Juni im Bundestag scheiterte. „Dass bei einem so wichtigen Thema keine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag hergestellt werden kann, ist nicht nur ein Armutszeugnis für unser Land, es zeigt auch, dass Kinder in Deutschland keine wirkliche Lobby haben“, sagte die dbb jugend Vorsitzende Karoline Herrmann, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist. „Den diesjährigen Weltkindertag sollten wir zum Anlass nehmen, allen politischen Akteuren nochmals zu verdeutlichen, dass Kinder Trägerinnen und Träger aller Grundrechte und gleichzeitig besonders schutzbedürftig sind. Dem derzeitigen Verfassungstext ist das aber nicht explizit zu entnehmen. Kinderrechte müssen sichtbar werden, und das gelingt am besten durch eine Verankerung im Grundgesetz.“ Zwar seien in den vergangenen Jahren durchaus Verbesserungen für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erreicht worden. „Doch nur wenn entsprechende Angebote überall in Deutschland und möglichst niedrigschwellig abrufbar sind, kann eine wirkliche Chancengleichheit etwa durch Zugang zu früher Bildung und Betreuung auch sichergestellt werden. Dazu gehört vor allem eine entsprechende Personal- und Mittelausstattung der zuständigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes. Dafür kämpfen wir in Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene“, so Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Warnung vor Bürgerversicherung

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hat mit Blick auf die Bundestagswahl vor der Einführung eine Bürgerversicherung gewarnt und die Positionen der Parteien dazu geprüft.

„Eine der prägendsten Ausgestaltungen des Beamtenverhältnisses ist das Zusammenspiel von Beihilfe und privater Versicherung. Die Bürgerversicherung birgt aber erhebliche Gefahren für das Gesundheitssystem an sich“, hieß es am 17. September 2021 dazu beim BBB. „Doch wie stehen die großen Parteien zur Einführung einer Bürgerversicherung? In

einer Befragung unsererseits haben sich CSU, FDP und die Freien Wähler gegen eine Bürgerversicherung ausgesprochen, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke dafür.“

Die Positionen der einzelnen Parteien im Wortlaut sind auf bbb-bayern.de abrufbar.

Baden-Württemberg

Haushaltsmittel für neue Stellen ist gut angelegtes Geld

Die Landesregierung schafft knapp 1.200 neuen Stellen im öffentlichen Dienst. Der entsprechende Haushaltsentwurf für das kommende Jahr wurde am 21. September 2021 beschlossen. Der BBW begrüßte die Entscheidung.

„Haushaltsmittel für neue Stellen ist gut angelegtes Geld“, erklärte BBW Chef Kai Rosenberger. Die Regierungskoalition sei sich offensichtlich inzwischen des Werts einer starken Verwaltung bewusst. Positiv bewertete Rosenberger zudem, dass der geplante Stellenzuwachs ohne zusätzliche Schulden bewältigt werden soll.

Trotz der außergewöhnlichen finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie sei es gut und richtig, jetzt den öffentlichen Dienst zu

stärken, so Rosenberger weiter. Denn es gehe darum, endlich Lücken zu schließen, die bereits vor der Pandemie bestanden.

Die größten Posten bei der Verteilung der 1.200 Neustellen entfallen auf die Bereiche Justiz (451 Neustellen), Kultus (214), Soziales (290), Wissenschaft (160), Innen (49) und Umwelt (40). Zudem soll die Einstellungsoffensive mit jährlich 1.300 neuen Polizeianwärtern auch 2022 fortgeführt werden.

Berlin

Aufruf zur Beteiligung an der Wahl

In Berlin finden am 26. September 2021 nicht nur die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt, sondern auch zum Abgeordnetenhaus (Berliner Landesparlament) und den Bezirksverordnetenversammlungen.

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin ruft alle Bürgerinnen und Bürger sowie ganz besonders unsere Kolleginnen und Kollegen auf, die politischen Verhältnisse in unserem Land mitzugestalten“, so der Vorsitzende des dbb berlin Frank Becker. „Freie Wahlen sind ein hohes Gut und ein Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dieses Recht nicht

wahrzunehmen, hieße eine Chance auf Mitentscheidung und Mitgestaltung unserer Zukunft zu vergeuden.“

Auch für den dbb berlin als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin gehöre die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern zu den wesentlichen tagtäglichen Aufgaben. Becker:

„Auch das neu zu wählende Abgeordnetenhaus wird Gesetze verabschieden, die wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung unseres Ar-

beitsumfeldes und unsere beruflichen Perspektiven haben werden. Daher rufen wir alle Wahlberechtigten auf: Gehen Sie wählen, gestalten Sie mit!“

Nordrhein-Westfalen Gleichstellungspolitik braucht neue Impulse

Im Gespräch mit Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, hat der DBB NRW neue Impulse für die Gleichstellung gefordert. Dazu zählen auch die Arbeitssicherheit im Homeoffice und die Umsetzung des Paragraphen der Bundesarbeitszeitverordnung in NRW.

Das Arbeiten von zu Hause sei für viele Menschen sehr attraktiv, erklärte die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des DBB NRW Diana Wedemeier. Insbesondere für Mütter, da sie so die Betreuung ihrer Kinder weitaus besser mit ihrer beruflichen Tätigkeit unter „einen Hut“ bekommen – theoretisch. „Die Praxis gestaltet sich dann leider oft schwierig. Denn nicht jeder hat zu Hause einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz. Auch über eine Kostenbeteiligung des Arbeitgebers muss spätestens dann geredet werden, wenn dieser im Hinblick auf die vermehrte Telearbeit Büroflächen abbaut und Kosten einspart. Ganz abgesehen vom Versicherungsschutz, der an die neuen Arbeitsformen anzupassen ist“, so Wedemeier.

Roland Staude, Chef des DBB NRW; machte in diesem Zusammenhang erneut auf das ganzheitliche Attraktivitätskonzept des dbb Landesbundes aufmerksam, das sich unter anderem für eine konsequente Umsetzung der Telearbeit stark macht. „Sowohl ‚Homeoffice‘ als auch ‚Mobiles Arbeiten‘ sind Graubereiche, die nicht eindeutig definiert sind. Deshalb ist

die Telearbeit das einzig tragfähige Modell, da nur hier ein eindeutiger Rahmen für Arbeitssicherheit, Daten- und Gesundheitsschutz sowie eine adäquate technische Ausstattung gewährleistet sind.“

Auch in anderen Bereichen hinke NRW bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dem Bund hinterher, erklärte Staude. So bietet Paragraph 3 der Arbeitszeitverordnung (AZVO) Bund den Beamtinnen und Beamten mit Kindern unter 12 Jahren beziehungsweise mit pflegebedürftigen Angehörigen bereits die Möglichkeit, ihre Wochenarbeitszeit auf Antrag um eine Stunde auf 40 Stunden zu verkürzen. Dies müsse auch in NRW möglich sein. Zumal die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden ursprünglich nur ohnehin befristet erfolgen sollte. Staude: „Die Umsetzung des Paragraphen 3 AZVO Bund in NRW wäre eine kleine Maßnahme für die Landesregierung, mit der sie Ihre Wertschätzung zumindest für Teile der Bediensteten zum Ausdruck bringen könnte.“

Gewerkschaft für das Mess- und Eichwesen (BTE) Kritik an Abschaffung staatlicher Prüfung für Abgasmessgeräte

Die BTE hat scharfe Kritik an einer vom Bundesrat beschlossenen Änderung der Mess- und Eichverordnung geübt. Künftig sollen demnach Abgasmessgeräte nicht mehr von staatlichen Stellen geprüft und geeicht werden. „Das stinkt gewaltig“, so BTE-Chef Ronald Kraus am 17. September 2021.

„Nun wird auf ein System der Selbstkontrolle durch Wirtschaftsakteure vertraut, welches unter anderem auch den Dieselskandal hervorgebracht hat. Die im Rahmen der Hauptuntersuchung von Kraftfahrzeugen eingesetzten Abgasmessgeräte wurden bislang von den Beschäftigten der Eichbehörden jährlich geeicht.

Das heißt, es fand eine Überprüfung der Messrichtigkeit der Messgeräte durch eine unabhängige staatliche Institution statt“, erläuterte Kraus. Stattdessen vertraue die Bundesregierung nun auf privatrechtliche Kalibrierung. „Aus unserer Sicht eine für die Werkstätten und Prüforganisationen kostenintensivere Lösung, die letztendlich die Fahrzeughalterinnen und

Fahrzeughalter zahlen werden“, so der BTE Chef.

Mit der Änderung der Mess- und Eichverordnung entfallende auch die unangekündigte Überwachung der korrekten Verwendung der Messgeräte. „Man darf schon erhebliche Zweifel an

der Unabhängigkeit und Neutralität der nach wirtschaftlichen Aspekten arbeitenden Kalibrierdienste haben“, sagte Kraus

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) **Böhm: „Einheitsschulen sind keine Lösung“**

Der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm hat sich am 17. September 2021 klar gegen Einheitsschulen in Deutschland ausgesprochen.

„Wer die Schulformen und Schulwege, die zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führen, als ‚niedrig‘ oder ‚unten‘ diskreditiert, der vertritt einfach einen falschen Ansatz, interpretiert Daten bewusst falsch und hat die Herausforderungen an Bildung nicht erkannt“, so Böhm. Wenn man sich Länder wie Spanien, Italien oder Frankreich mit zentral organisierten Einheitsschulsystemen ansehe, dann stelle man fest, dass die Schulabbrecherquoten und auch die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich höher als in Deutschland lägen. „Fakt ist, dass solche Schulsysteme nichts zur Verbesserung der Bildungsqualität beitragen.“

Ganz abgesehen davon gäbe es in diesen Ländern einen völlig unterentwickelten Sektor der beruflichen Bildung, weshalb die Jugendli-

chen fälschlicherweise in Richtung akademischer Abschlüsse gelenkt und oft zum Scheitern verurteilt würden. Wichtig seien daher gleichberechtigte Wege mit individueller Förderung, klaren Bildungsinhalten und Profilen, die auf das reale Leben vorbereiten – eben ein Nebeneinander von differenzierten Schularten. Wer dagegen für alle jungen Menschen nur einen Bildungsweg einfordere und dabei mit Etiketten und Quoten ohne Leistung hantiere, gebe individuellen Bildungsbiographien und differenzierter Förderung keinen Raum. „Kein Bildungsweg beziehungsweise keine Schulart ist besser oder schlechter – gerade die Durchlässigkeit zwischen den Schularten zeigt die vielfältigen Chancen für junge Menschen“, betont der VDR-Vorsitzende.

Deutscher Philologenverband (DPhV) **Studie bescheinigt Gymnasiallehrkräften gute Leistung in der Pandemie**

Trotz schwieriger Umstände während der Corona-Pandemie haben insbesondere die Lehrkräfte an Gymnasien dafür gesorgt, dass die Schulen im Sekundarbereich II deutlich weniger Tage geschlossen bleiben mussten als in anderen Ländern. Das geht aus der Studie „Bildung auf einen Blick 2021“ der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, teilte der DPhV am 16. September 2021 mit.

Während im OECD-Durchschnitt demnach die Schulen im Sekundarbereich II zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 20. Mai 2021 insgesamt 101 Tage geschlossen blieben, war dies in Deutschland nur 83 Tage der Fall. „Das haben wir vor allem unseren engagierten Gymnasiallehrkräften zu verdanken, die unter schwierigsten Bedingungen alle Facetten des Unterrichts – Präsenz-, Wechsel- und Distanzlernen – ermöglicht haben“, betont die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Obwohl die Lehrkräfte an weiterführenden Schulen erst in Impfgruppe 3 statt in Impfgruppe 2 priorisiert

wurden, haben sie vor allem für die Abiturjahrgänge fast ohne Unterbrechung Präsenzunterricht ermöglicht.“

Gleichwohl mahnt der DPhV die Kultusminister, die Aufholmaßnahmen nach Corona ernsthaft zu verfolgen und nach den durchgeführten Lernstandserhebungen zügig weitere Maßnahmen zu unterstützen, etwa an die Lehrpläne angebundene Förder- und Unterrichtsangebote in kleineren Klassen, freie Lernzeiten in der Woche mit verlängerten schulischen Öffnungs-

zeiten, Unterstützungsangebote durch Lehramtsstudierende oder zusätzliche Lernzeit in

Schuljahren in einem Gymnasium mit zwei Geschwindigkeiten.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Corona-Schutz an Kitas: Politik muss handeln**

Angesichts der unklaren Entwicklung der Corona-Pandemie hat VBE Chef Udo Beckmann einen umfassenderen Schutz insbesondere für Kinder und Beschäftigte in Kitas gefordert.

„Aktuell kann niemand mit Sicherheit sagen, dass steigende Inzidenzen und weitreichende Folgewirkungen in den kommenden Wochen ausbleiben. Trotzdem hat die Politik sich vielerorts lieber auf das Prinzip Hoffnung verlassen und rechtzeitige, konsequente und umfassende Handlungen zum Schutz eines besonders vulnerablen Ortes, nämlich Kindertageseinrichtungen, ausgesessen. Umso dringender ist es, dass im nun beginnenden Herbst und vor einer möglichen vierten Welle das nachgeholt wird, was im Sommer vielerorts versäumt oder nur unzureichend umgesetzt wurde“, sagte Beckmann am 22. September 2021. Gerade in Kitas gebe es keinen oder kaum Schutz durch das Tragen von Masken oder das Halten von Abstand, ganz abgesehen von fehlenden Impfmöglichkeiten für Kinder.

Konkret gehe es um das flächendeckende Ausschöpfen aller technischen Möglichkeiten, so Beckmann weiter. „Luftreinigungsanlagen müssen – wo immer möglich und nutzbringend – schnellstmöglich Standard werden. Das gilt umso mehr, wenn sie einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, indem sie das Erkrankungsrisiko auch mit Blick auf die beginnende Grippesaison senken. Insgesamt müssen För-

dergelder im Rahmen der Pandemiebekämpfung niedrigschwellig und zügig abrufbar sein und – wo notwendig – mit anderen Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten kombinierbar sein. Regelmäßige Testmöglichkeiten für das Personal an Kitas sind obligatorisch vorzuhalten. Die professionelle Unterstützung und Beratung durch fachkundiges Personal bei der Testdurchführung für Kinder muss bestmöglich integriert werden. Der Einsatz von Kita-Alltagshelferinnen und -helfern, die an vielen Kitas etwa beim Reinigen, Desinfizieren und bei administrativen Arbeiten unterstützt haben, muss als Unterstützungsangebot fortgeführt werden“, so Beckmann.

Grundsätzlich brauche es nachvollziehbare, klare und – wo immer möglich – einheitliche Vorgaben für Kitas. „Maßnahmenpläne und Mechanismen für künftige Krisenszenarien müssen spätestens jetzt erarbeitet werden. Ebenso ist es, das haben die Erfahrungen mehr als deutlich gemacht, dringend geboten, präventiv den Auf- und Ausbau eines professionellen Krisenmanagements unter Einbezug aller relevanten Akteure an Kitas voranzutreiben“, forderte der VBE Bundesvorsitzende.

Namen und Nachrichten

Die Tarifverhandlungen zwischen dem **dbb** und dem Arbeitgeber AIRSYS, dem IT-Dienstleister am Flughafen Hamburg, über ein neues Eingruppierungssystem drohen zu scheitern. Auch in der Verhandlungsrunde am 20. September 2021 war AIRSYS nicht bereit, weitere Erfahrungsstufen als Entwicklungsmöglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen zu vereinbaren. Der dbb Verhandlungsführer Michael Adomat erklärt: „Wir sind als Tarifparteien angetreten, um die Eingruppierung bei AIRSYS transparenter und zeitgemäßer zu machen. Wir wollten dem harten Konkurrenzkampf auf dem IT-Arbeitsmarkt um die besten Köpfe mit einem verbesserten System begegnen. Wir als dbb haben allerdings von Anfang an klargemacht,

dass für uns zu einem modernen Eingruppierungssystem auch gute Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen gehören, und zwar in Form von Erfahrungsstufen. AIRSYS ist jedoch nur bereit, zwei abgesenkte Stufen unterhalb der angebotenen Endstufe einzuziehen. Das Angebot vom heutigen Tag hat sich sogar im Vergleich zum letzten Angebot noch einmal verschlechtert. Das hat unsere Kommission klar abgelehnt.“ Beide Seiten werden jetzt intern beraten, wie mit der Situation umgegangen werden soll. Neue Verhandlungstermine wurden zunächst nicht vereinbart. Über weitere Entwicklungen werden wir jeweils aktuell informieren.

Der Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen (KAV NW) wollte mit dem **dbb** am 16. September 2021 unter anderem über die Umkleidezeiten im Zusammenhang mit der Dienstkleidung der Beschäftigten sprechen. Hintergrund des geplanten Gesprächs war der im November 2020 zwischen KAV NW und dbb abgeschlossene 13. Änderungsstarifvertrag Nahverkehr. Darin wurde auf Wunsch der Arbeitgebenden eine Vereinbarung zu Gesprächen getroffen, die diesen in den kommenden Jahren besonders wichtig erschienen - eben zum Beispiel bezüglich der Umkleidezeiten im Zusammenhang mit der Dienstkleidung der Beschäftigten und der Mitnahme von Gegenständen, die im Zeitalter der Digitalisierung immer relevanter wird. Die dbb Verhandlungskommission erwartete daher beim dem Gespräch ein konkretes Angebot der Arbeitgeberseite. Überraschenderweise herrscht jedoch derzeit Uneinigkeit auf Seiten der Arbeitgebenden, so dass aktuell keine konkrete Position kommuniziert werden kann. Eine zeitnahe Klärung bezüglich der genannten Themen wäre eigentlich insofern wichtig, als dass im Tarifvertrag eine Stichtagregelung für eine Einigung vorgesehen ist: Wenn sie bis zum 31. Dezember 2021 erfolgt, bleibt die Freistellungsregelung für den 24. Dezember 2021 (Heiligabend) bestehen, andernfalls fällt diese weg. Da auch die Arbeitgebenden einsehen, dass es unfair wäre, diese Regelung auslaufen zu lassen, obwohl sie derzeit keine Verhandlungen führen können, haben die Parteien sich darauf verständigt, die Freistellungsregelung bis zum 31. März 2022 zu verlängern. Im März 2022 soll es dann neue Gespräche geben. So bleibt genug Zeit zur Vorbereitung der Gesprächsinhalte und interner Abstimmung. Dies wird auch deshalb notwendig sein, da die Arbeitgeberseite

zusätzlich noch die Entgeltordnung des Tarifvertrags für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Nordrhein-Westfalen (TV-N NW) modernisieren möchte.

Durch eine deutschlandweite, wissenschaftliche Befragung wird ein überregionales Lagebild zum Thema Gewalt gegen Mitarbeitende von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben erstellt. Die Polizei steht dabei im besonderen Fokus. Als assoziierter Projektpartner beteiligt sich die **Deutsche Polizeigewerkschaft** (DPoIG) am Forschungsprojekt und ruft zur Teilnahme auf. Die [Befragung](#) findet noch bis zum 30. September 2021 statt und dauert etwa 10 bis 20 Minuten.

Der stellvertretende **BDZ** Chef Thomas Liebel hat mit dem Bundestagsabgeordneten Sepp Müller (CDU) am 9. September 2021 über Maßnahmen zur Stärkung des Zolls gesprochen. Der Schwerpunkt des Gesprächs lag dabei auf der Frage, wie die Financial Intelligence Unit (FIU) schlagkräftiger werden kann. Mit dem Wechsel der FIU zum Zoll, so Müller, sei 2017 der politische Wille zum Ausdruck gebracht worden, die Geldwäsche in Deutschland intensiver zu bekämpfen. In der nächsten Legislaturperiode müssten die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass die FIU schlagkräftiger werde, um den zunehmenden Aufwand bei der Geldwäschebekämpfung zu bewältigen. Hierbei spiele, neben dezentralen Strukturen und der Gewinnung der klügsten Köpfe, die Fortentwicklung der künstlichen Intelligenz eine Schlüsselrolle zur Stärkung der FIU-Analysen. Daher müssen vermehrt entsprechende Spezialisten eingestellt und ausgereifte KI-Anwendungen implementiert werden.

Termine:

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“
Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

1. und 2. November 2021
Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021
Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde